

daß noch mehr Unternehmenszusammenschlüsse und Übernahmen, jedoch auch Konkursfälle eintreten werden. (SWB FE/D 2744/CNS, 16.10.96) -schü-

*(20)

Mehr Konsumenten interessieren sich für Wohnungseigentum

Chinesische Experten gehen davon aus, daß Wohnungseigentum und Fahrzeuge im Zentrum der erwarteten dritten Konsumwelle stehen werden. Stärker noch als ein Fahrzeug würden die Konsumenten Besitzer einer eigenen Wohnung werden wollen. Die Reform des Wohnungsmarktes sowie die Verbesserung des Lebensstandards haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich immer mehr Konsumenten den Traum von der eigenen Wohnung erfüllen könnten.

Nach Angaben des Bauministeriums wurden während des 8. Fünfjahresplanes (1991-95) rd. 1,03 Mrd. m² Wohnfläche gebaut; damit erhöhte sich die Pro-Kopf-Wohnfläche auf 7,9 m². Im laufenden 9. Fünfjahresplan (1996-2000) soll die Gesamtwohnfläche um 1,2 Mrd. m² erweitert und die Pro-Kopf-Wohnfläche auf 12 bis 14 m² erhöht werden. Die jährlichen Investitionen werden auf rd. 4% des BIP geschätzt. Im letzten Jahr erhöhten sich die Investitionen für Wohnungseigentum bereits um 23% gegenüber 1994.

Wohnungsbau

Periode	Wohnfläche		
	gesamt Mrd. m ²	Pro-Kopf m ²	Investitionen Mrd. Y
1991-95	1,03	7,9	842
96-2000	1,2	12-14	4% des BIP

Quelle: Ministry of Construction, nach SCMP, 12.9.96

Das Bauministerium rechnet damit, daß sich die Wohnbedingungen für die rd. 4,14 Mio. Haushalte verbessern werden, die eine Pro-Kopf-Wohnfläche von nur 4 m² besitzen. Weiterhin würden 34,3 Mio. m² Wohnfläche, die sich in einem schlechten Sicherheitszustand befänden, abgerissen werden müssen.

Der Wohnungsbau bietet sich dem Ministerium zufolge als Motor für die binnenwirtschaftliche Entwicklung an, insbesondere würden die Stahlunternehmen und Glashersteller davon profitieren.

Obwohl eine riesige Nachfrage nach Wohnungseigentum besteht, zweifeln Experten, ob der Sektor das zukünftige Zugpferd der Wirtschaftsentwicklung werden kann, da der Immobilienmarkt noch so unterentwickelt sei. Zentral wäre die Frage, wie sich viele Konsumenten eine eigene Wohnung bei den relativ niedrigen Monatseinkommen leisten könnten; im Durchschnitt kostet eine Wohnung 18 Jahresgehälter, so daß Fragen der Finanzierung von besonderer Bedeutung seien. Als Finanzierungsmöglichkeit wird auch der Einsatz von Hypotheken diskutiert, die idealerweise eine Rückzahlungszeit von 10-20 Jahren hätten.

Trotz eines Überangebots an Wohneigentum weigern sich die Baugesellschaften derzeit noch aus Angst vor Verlusten, mit dem Preis nachzugeben. Das Ministerium hat bereits die Unternehmen aufgefordert, die Preise dadurch auf ein geringeres Niveau zu senken, daß alle 'unvernünftigen' Verwaltungsgebühren gestrichen würden. Zu diesen Gebühren zählten die Bauunternehmen beispielsweise Gebühren für die Nutzung von Infrastruktureinrichtungen wie Wasser- und Elektrizitätsleitungen.

Die Ersparnisse der städtischen Bevölkerung belaufen sich auf rd. 3,5 Billionen Yuan in diesem Jahr, und es wird mit einem weiteren jährlichen Zugang von durchschnittlich 30-40% gerechnet. (SCMP, 12.9.96; XNA, 17.9.96) -schü-

Taiwan

*(21)

Wieder "Aprilwetter" in den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße

Vom 28. bis 30. August fand in Beijing ein Mammut-Symposium über die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Seiten der Taiwan-Straße statt, an dem über 500 Personen teilnahmen, davon rund die Hälfte aus Taiwan. Am Rande der Tagung wurden 42 hochkarätige Unternehmer, Wissenschaftler sowie Beamte Taiwans unter der Führung von Gao Qingyuan (Kao Chin-yen), Vorsitzender der "Chinese National Federation of Industries" (Industriekammer) in Taiwan, am 29. August vom Staatspräsidenten der VR China und Parteichef

der KPCh, Jiang Zemin, empfangen. Gao ist neben seiner Funktion im Industriesektor auch Mitglied des Ständigen Komitees des ZK der Regierungspartei KMT (Kuomintang) in Taiwan. In der mehr als halbstündigen Begegnung äußerte Jiang den Gästen aus Taiwan gegenüber, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße solle sich nicht durch politische Differenzen stören lassen. (LHB, 30.8.96; DGB, 31.8.96)

Wie berichtet (C.a., 1995/6, Ü 24, 1995/8, Ü 30, 1995/11, Ü 29 und 1996/3, Ü 29), hatte Beijing aus Protest gegen die USA-Reise von Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) im Juni vergangenen Jahres, die in Taiwan als großer Erfolg zum Durchbruch der außenpolitischen Isolation, auf dem chinesischen Festland jedoch als ein weiterer Schritt Lis zur Spaltung der chinesischen Nation gewertet wurde, eine Serie von Kriegsmanövern samt Raketen-schießübungen in der Taiwan-Straße entfesselt. Zur Einschüchterung der Pro-Unabhängigkeitsstimmen bei Taiwans ersten direkten Präsidentschaftswahlen im März d.J. erreichten Beijings Drohgebärden während des Wahlkampfes ihren Höhepunkt. Erst nach den Wahlen flaute die militärische Krise in der Taiwan-Straße ab. (Siehe dazu C.a., 1996/4, Ü 24.)

Um die Beziehungen zu verbessern, hat Taiwan in den letzten Monaten die Einschränkungen beim Waren- und Kultur-austausch beider Seiten weiter gelockert und Beijing aufgefordert, die im Juli vergangenen Jahres unterbrochenen Verhandlungen zwischen den zwei halbamtlichen Institutionen SEF (Straits Exchange Foundation) von Taiwan und ARATS (Association for Relations Across the Taiwan Straits) von Beijing wiederaufzunehmen. Beijing seinerseits verlangt von Taiwan, zuerst seine Aktivitäten bei anderen Staaten für die Anerkennung zweier chinesischer Regierungen und eine Rückkehr in die UNO einzustellen.

Angesichts der Verzögerung der Wiederaufnahme der halbamtlichen Kontakte durch Beijing zog Li Denghui Mitte August die Wirtschaftsbremse an. In einer Rede vor der Nationalversammlung am 14. August kündigte er an, eine Obergrenze für die Investitionen taiwanesischer Unternehmen auf dem chinesischen Festland zu setzen und stellte in Frage, ob das chinesische Festland noch als Hinterland für das von Taiwan geplante Operationszentrum für Verkehr,

Handel und Finanzen im asiatisch-pazifischen Raum richtig sei. (LHB, 15.8.96) Kurz nach diesem Donnereschlag aus Taiwan gab Beijing am 20. August (wie berichtet in C.a., 1996/8, Ü 29) eine Bestimmung über direkte Schiffsverbindungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße bekannt. Doch im Unterschied zur taiwanesischen Regelung vom Mai 1995 gilt für Beijing die geplante Schiffsverbindung zwischen beiden Seiten nicht als "internationaler", sondern als "inländischer" Verkehr.

Auch beim o.g. Gespräch mit der taiwanesischen Wirtschaftsdelegation vom 29. August besteht Jiang Zemin trotz der freundlichen Atmosphäre auf Beijings Prinzip "ein Staat, zwei Systeme". Es heißt also, Beijing will Taiwan nach wie vor nicht als gleichberechtigten Partner, sondern nur als lokale Regierung Chinas akzeptieren.

Kurz nach der Rückkehr der taiwanesischen Wirtschaftsdelegation mahnte Li Denghui in seiner Rede auf einer Tagung von Managern in Taipei am 14. Sept. die Unternehmer zur "Geduld und Vorsicht" bei ihrem Engagement auf dem Festland, um der Wirtschaft und Sicherheit Taiwans nicht zu schaden. (LHB, 15.9.96)

Darüber hinaus setzte Taiwan seine Offensive der "pragmatischen Diplomatie" fort. Neben dem offiziellen Besuch von Vizeministerpräsident Xu Lide (Hsu Li-teh) in Südafrika vom 1. bis 5. Sept. hielt sich Außenminister Zhang Xiaoyan (John Chang) zwischen dem 3. und 8. Sept. "heimlich" in Indonesien und Malaysia, die mit Beijing diplomatische Beziehungen unterhalten, auf. (LHB, 7. und 9.9.96) Auf der anderen Seite wurde vom Lenkungsausschuß der UNO auf Druck von Beijing am 18. Sept. der Antrag von taiwanfreundlichen Staaten, eine Rückkehr Taiwans in die Weltorganisation auf die Tagesordnung der Vollversammlung zu setzen, zum vierten Mal abgelehnt.

Das "Aprilwetter" in den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße kann wohl nicht lange andauern, weil im "kommenden Sommer" die britische Kolonie Hongkong, die bislang als Brücke für die "indirekten" Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße fungierte, an Beijing übergeben wird. Hongkong und das chinesische Festland sind zusammen hinter den USA der größte Absatzmarkt Taiwans, und Taiwans Handelsüber-

schuß ist seit Jahren auf seine Exporte nach dem Festland angewiesen. Mit einem geschätzten Volumen von 30 Mrd. US\$ ist Taiwan hinter Hongkong der zweitgrößte extraterritoriale Investor auf dem chinesischen Festland. Daher könnte es sowohl für Taiwan als auch für Beijing wirtschaftliche Schwierigkeiten geben, wenn bis zur Wende in Hongkong am 1. Juli 1997 noch immer keine Regelung für die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße vereinbart wird. -ni-

*(22)

Die 10 Jahre alte Oppositionspartei DPP vor der endgültigen Spaltung

Die größte Oppositionspartei Democratic Progressive Party (DPP) feierte am 28. September ihren 10. Geburtstag. Die Stimmung war jedoch von einer akuten Spaltungskrise getrübt. Nach der großen Niederlage der Partei bei der letzten Präsidentschaftswahl im März d.J. (siehe dazu C.a. 1996/3, S. 262 ff.) entbrannte innerhalb der Partei ein heftiger Streit um den politischen Kurs. Der pragmatische Flügel als die Hauptströmung in der Partei unter dem neuen Parteivorsitzenden Xu Xingliang (Hsu Hsin-liang) strebt nach einer großen Koalition mit der Regierungspartei KMT (Kuomintang). Eine dogmatische Gruppe unter Führung von Peng Mingmin, dem DPP-Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl, hingegen befürwortet einen radikalen Kurs für klare Unabhängigkeit Taiwans, d.h. Ablehnung einer Wiedervereinigung mit dem chinesischen Festland. Eine Gruppe von Anhängern Pengs kündigte am 2. September inner- und außerhalb der Partei an, eine neue Partei, die "Taiwan Independence Party" (TAIP), offiziell am 10. Dezember d.J. zu gründen. (LHB, 3.9.96; FCJ, 13.9.96)

Auf der Jubiläumsfeier der DPP im Grand Hotel von Taipei, wo die Partei vor zehn Jahren von einer Gruppe bekannter Regierungsgegnern gegründet worden war, bezeichnete der ehemalige Parteivorsitzende Shi Mingde (Shih Ming-teh) in seiner Rede eine Spaltung der Partei als furchtbares Ereignis und appellierte an Pengs Anhänger, ihren Plan zur Gründung der TAIP aufzugeben. Peng erwiderte darauf in scharfen Worten, daß die Existenz der DPP nach der Abweichung von ihren ursprünglichen Ideen und Prinzipien (also Unabhängigkeit Taiwans) nicht mehr erforderlich sei. (LHB, 29.9.96; FC, 6.10.96)

In Taiwan sind z.Z. 80 Parteien beim Innenministerium angemeldet, meistens kleine Gruppierungen. Nur drei Parteien, die KMT, die DPP und die NP (New Party), sind im Gesetzgebungsorgan (Parlament) vertreten und haben tatsächliches politisches Gewicht. Die NP, eine Splitterpartei aus der KMT mit mehr als 71.000 Mitgliedern - zum großen Teil Übersiedler aus dem chinesischen Festland und deren Nachfahren -, besteht auf die Einheit Chinas. Die KMT verfolgt gegenwärtig unter dem Motto "ein Staat, zwei politische Gebilde" eine dubiose Chinapolitik mit der Wiedervereinigung als langfristiges Ziel. Die DPP, die mit radikalen Parolen mehrmals bei Wahlen Stimmen verloren hat, will nun auch eine pragmatische Linie mit dem Ziel der Unabhängigkeit Taiwans nach langem Prozeß einschlagen und sucht, wie gesagt, eine Koalition mit der KMT.

Nach einer repräsentativen Meinungsuntersuchung der DPP zwischen dem 29. Juli und 11. August genießt sie bei der Jugend sowohl mehr Sympathie als auch Antipathie als die anderen Parteien. Von den 1.092 Befragten im Alter zwischen 16 und 24 Jahren unterstützen 16,1% die DPP, 11,6% die KMT und 11,4% die NP, abgelehnt wird die DPP von 19,1%, die KMT von 16,8% und die NP von 14%; 46,3% der Befragten bleiben neutral. Von den befragten Einheimischen unterstützen 18,5% die DPP und 38,2% der Festlandstämmigen die NP. (LHB, 31.8.96)

Nach der Gründung der NP im August vor drei Jahren verlor die KMT viele Anhänger und Wähler. Das gleiche droht auch der DPP, wenn die TAIP gegründet wird. -ni-

*(23)

Taiwans wirtschaftlicher Stellenwert in der Welt

Nach einem Bericht des für Statistiken zuständigen Directorate General of Budget, Accounting and Statistics (DGBAS) ist Taiwan 1994 mit einem Bruttosozialprodukt (BSP) von 224 Mrd. US\$ weltweit gegenüber dem Vorjahr um eine Stelle auf den 19. Platz gefallen, während die drei anderen "kleinen Tiger" Asiens ihren Platz verbessert haben, und zwar Südkorea mit 337 Mrd. US\$ um eine Stelle auf den 11. Rang, Hongkong mit 131 Mrd. US\$ vom 28. auf den 26. Rang und Singapur mit 68,7 Mrd. US\$ um eine Stelle auf den 38. Rang. Gefallen ist auch die VR

China mit 510 Mrd. US\$ von Platz 7 auf Platz 9. Gemessen am Pro-Kopf-BSP, nahm Taiwan 1994 mit 11.597 US\$ wie 1993 den 25. Platz ein, verglichen mit Singapur mit 23.400 US\$ auf Platz 8 (Vorjahr 13), Hongkong mit 21.700 US\$ auf Platz 12 (10) und Südkorea mit 8.400 US\$ auf Platz 27 (25). Die VR China stieg beim selben Vergleich vom 82. auf den 79. Platz, obwohl ihr Pro-Kopf-BSP 1994 mit 422 US\$ noch niedriger als 1993 war. (FCJ, 20.9.96)

Dem DGBAS-Bericht zufolge, der sich auf Statistiken der UNO und des IMF stützt, standen 1994 die USA mit einem BSP von 6,7 Billionen US\$ an der Spitze der Wirtschaftsleistungsskala, gefolgt von Japan mit 4,6 Billionen US\$, Deutschland mit 2,04 Billionen US\$, Frankreich mit 1,3 Billionen US\$ und Großbritannien mit 1,03 Billionen US\$. Nach Pro-Kopf-BSP lag jedoch die Schweiz mit 38.231 US\$ an der Spitze, gefolgt von Japan mit 37.048 US\$, Norwegen mit 27.897 US\$, Dänemark mit 27.097 US\$ und den USA mit 25.807 US\$.

In einer Studie der US-Firma "Business Environment Risk Intelligence" wurde Taiwan als der vierbeste Investitionsstandort weltweit ermittelt, und zwar hinter der Schweiz, Singapur, Japan und vor den Niederlanden, Norwegen, Deutschland, Österreich, den USA und Belgien. Bei der Studie waren von der Firma insgesamt 50 Länder oder Regionen berücksichtigt worden. (FCJ, 26.9.96) -ni-

Hongkong und Macau

*(24)

Letzte Parlamentswahl in Macau vor der großen Wende 1999

Die Legislativversammlung (Parlament) von Macau wurde am 22. Sept. neu zusammengesetzt. Insgesamt hat das Haus 23 Mitglieder, davon 8 von den Bürgern direkt und 8 von Interessengruppen indirekt gewählt sowie 7 vom Gouverneur ernannt. Auch bei Direktwahlen werden die Kandidaten nicht von politischen Parteien, sondern von Interessengruppen aufgestellt. Dazu gibt es unter dem "D'Hondt Proportional Representation System" nur Listenwahl von Gruppen, also keine individuellen

Kandidaten. Diesmal nahmen 62 Kandidaten von 12 Gruppen an den Wahlen teil. Von den 8 gewählten Sitzen entfielen 2 auf die "Macao Economic Promotion Association", 2 auf das Nachbar-Komitee und jeweils 1 auf die Arbeitergruppe, die "Macao Prosperity League", die "Macao Construction League" und die "Democratic New Macao". (XNA, 22.9.96)

Nach Beobachteranalysen zählen vier der direkt gewählten Abgeordneten zum Unternehmerlager. Die Sitze der chinesischen Gruppen sind von ursprünglich vier auf drei und der pro-demokratischen Gruppen von zwei auf einen gefallen. (SCMP, 24.9.96)

Insgesamt sind 74.964 der 116.000 registrierten Wähler zur Urne gegangen, mit 64,38% war die Wahlbeteiligung relativ hoch. Es war zwar von Stimmenkäufen die Rede, aber sonst sind die Wahlen friedlich verlaufen. (SCMP, 23.9.96)

Die portugiesische Enklave soll noch 1999 an China zurückgegeben werden. Zwischen Beijing und Lissabon gibt es keinen Streit über die Struktur der Legislativversammlung in Macau - so kann im Unterschied zu Hongkong das für vier Jahre neu gewählte Parlament Macaus nicht nur über die Wende 1999 hinaus, sondern sogar mit einem Jahr Verlängerung bis 2001 bestehen. (SCMP, 16.9.96) -ni-

*(25)

Chinesisch-patriotische Bewegung in Hongkong

Seit kurzem ist der Streit zwischen Japan und den beiden chinesischen Seiten (VR China und Taiwan) um die unbewohnten Klippeninseln Diaoyutai (jap. Senkaku) in der Ostchinesischen See wiederaufgeflammt. (Zu den historischen Hintergründen des Streits siehe C.a., 1978/5, S. 279 ff und die entsprechende Übersicht unter "Außenpolitik" in diesem Heft.) Auslöser des erneuten Konflikts war die Errichtung eines Leuchtturms auf einer der Inseln durch eine japanische rechtsradikale Jugendorganisation. Im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Japan äußerten die Regierungen in Taipei und Beijing nur verbale Proteste.

Unter der Bevölkerung in Taiwan und Hongkong entstand jedoch eine große antijapanische Bewegung, besonders in Hongkong gab es im Berichtsmonat ei-

ne Reihe von Massendemonstrationen gegen Japan. Am 26. Sept. versuchte eine Gruppe von Demonstranten, mit einem veralteten Frachter aus Hongkong auf die Inseln zu landen. Da sie die Blockade japanischer Patrouillenboote nicht durchbrechen konnten, sprangen einige von ihnen ins Meer, um zu den Inseln zu schwimmen, wobei einer ertrunken ist. (DGB, 28.9.96; LHB, 27.9.96)

Nach Meldungen, die nach Redaktionsschluß dieses Heftes eingingen, ist eine weitere Gruppe von Demonstranten aus Hongkong und Taiwan mit mehreren Schiffen am 7. Oktober wieder zu den Inseln hinausgefahren, und es ist ihnen auch gelungen, auf eine der Inseln zu landen. Während die taiwanesischen Demonstranten die Nationalflagge der Republik China dort aufrichteten, zogen die Hongkonger die Flagge der VR China auf. (LHB und SCMP, 8.10.96)

Die antijapanische Bewegung in Hongkong wird hauptsächlich von den aktiven Demokraten geführt, die wegen ihrer Demonstrationen für Demokratie in Hongkong wie in China häufig von Beijing als unpatriotisch gebrandmarkt wurden. -ni-